

Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB (Christof Berger, Ruedi Keller, SP/Annemarie Sancar-Flückiger, GB) vom 4. September 2003: Die Stadt Bern erklärt sich zur „GATS-freien Gemeinde“ (2003.SR.000066)

Am 22. April 2004 hat der Stadtrat das folgende Interfraktionelle Postulat SP/JUSO, GB/JA!/GPB erheblich erklärt. Mit SRB 680 hat der Stadtrat einer Fristverlängerung bis 31. Dezember 2015 zugestimmt.

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services [GATS]) ist eine der wichtigsten Vereinbarungen, die gegenwärtig in der Welthandelsorganisation (WTO) neu verhandelt werden. Das GATS schafft die Grundlage für eine permanente Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs.

Ein Grundproblem bei WTO-Verhandlungen ist die fehlende oder mangelhafte Information. Die Schweiz hat in letzter Zeit ihre Informationspolitik etwas verbessert, insbesondere gegenüber dem eidgenössischen Parlament und den Nichtregierungsorganisationen. So hat das seco die komplette Liste seiner Liberalisierungsangebote auf der Internetseite der Bundesverwaltung veröffentlicht (www.seco.admin.ch). Aber es hat sich geweigert, mehr als eine Zusammenfassung seiner Forderungen an Drittstaaten zu publizieren. Und es ist wenig bekannt über die Begehren, die andere Länder an die Schweiz gestellt haben.

Noch gravierender ist das den WTO-Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Das eidgenössische Parlament wird am Anfang und am Schluss konsultiert, wenn es zum ausgehandelten Gesamtpaket Stellung nehmen muss. Es kann dann nur noch ja oder nein dazu sagen. Beim GATS wurde das Parlament weder zu den Begehren noch zu den Angeboten der Schweiz befragt. Diverse nationalrätliche Interpellationen sind vom Bundesrat bisher nicht in einer Weise beantwortet worden, die alle Fragen geklärt und vorhandene Vorbehalte zerstreut hätte.

Verschiedene Gemeinden in aller Welt haben bereits Massnahmen zum GATS ergriffen. So haben z.B. in Grossbritannien Gemeinden Anti-GATS-Motionen verabschiedet. Der Generalrat von Paris hat die Stadt zur „GATS-freien Zone“ erklärt und die Gemeinderäte von Wien und Genua verabschiedeten Resolutionen, die den Abbruch der GATS-Verhandlungen fordern.

Die Behörden der Stadt Bern haben Erfahrung mit Auslagerungen und Verselbstständigungen gemeindeeigener Dienstleistungsbetriebe (z.B. Bernmobil, ewb, Stabe). Sie haben bei der Umsetzung solcher Projekte bisher stets Umsicht walten lassen. Es wäre fatal, wenn sie aufgrund von nicht demokratisch beeinflussbarem übergeordnetem Recht bezüglich ihrer Dienstleistungen ihren Einfluss und Handlungsspielraum verlieren würden. (Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die am 8. Mai 2003 überwiesene Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP: Moratorium der Auslagerungen von Teilen der Stadtverwaltung.)

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die Stadt Bern im Sinne eines Signals zur „GATS-freien Gemeinde“ zu erklären. Dies hält er insbesondere aufrecht, solange er nicht über die notwendigen Informationen verfügt, offene Fragen noch nicht geklärt und beantwortet sind und der Stadtrat und gegebenenfalls die Berner Stimmbevölkerung nicht über das GATS-Verhandlungsergebnis abstimmen konnte.

Bern, 4. September 2003

Interfraktionelle Richtlinienmotion Fraktion SP/JUSO GB/JA!/GPB (Christof Berger/Ruedi Keller, SP / Annemarie Sancar-Flückiger GB), Christian Michel, Daniele Jenni, Miriam Schwarz, Guglielmo Grossi, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Rolf Schuler, Raymond Anliker, Corinne Mathieu,

Walter Christen, Beat Zobrist, Sabine Schärner, Margareta Klein-Meyer, Doris Schneider, Natalie Imboden, Martina Dvoracek, Catherine Weber, Erik Mozsa, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder

Bericht des Gemeinderats

Im Juni 2005 startete ATTAC-Schweiz die Stopp-GATS Kampagne mit dem Ziel, möglichst viele Gemeinden und Städte zu GATS-freien Zonen zu erklären. Mit dieser Kampagne wollten die Initiantinnen und Initianten alle Ausweitung des GATS (General Agreement on Trade Services - Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) unterbinden, die die Kantons- und Gemeindeautonomie untergraben, ein Moratorium für weitere GATS-Verhandlungen bis dessen Folgen besser abschätzbar sind, die Lancierung einer breiten nationalen Debatte, die Offenlegung der Verhandlungspunkte mit anschliessender öffentlicher Debatte in den eidgenössischen Räten sowie den klaren und definitiven Ausschluss der öffentlichen Dienste aus den gegenwärtigen und künftigen WTO-Verhandlungen. Einzelne Gemeinden sind dem Ruf gefolgt. Seit Juni 2006 sind jedoch keine aktuellen Informationen online auf www.stoppgats.ch verfügbar und keine weiteren Aktivitäten geplant. Aktuelle Informationen liefert das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) auf www.seco.admin.ch.

Im Dezember 2011 erkannte die Ministerkonferenz der WTO in Genf, dass ein gleichzeitiger Abschluss aller Verhandlungselemente der Entwicklungsagenda von Doha in absehbarer Zeit nicht realistisch ist und neue Wege gesucht werden müssen, um die Verhandlungen wenigstens in einzelnen Bereichen voranzubringen. Im Jahr 2013 fand auf Bali eine weitere Ministerkonferenz statt, die zwar gewisse Zwischenergebnisse erzielte, deren Resultate durch die nachfolgenden Interventionen einzelner Staaten wieder in Frage gestellt wurden. Ergebnislos blieb die Ministerkonferenz von 2015. Seither wird davon ausgegangen, dass verschiedene (v.a. entwickeltere) Staaten im Prinzip einen Abbruch der Doha-Runde bevorzugen würden. Es ist demnach weniger denn je ersichtlich, ob die Verhandlungen über die Weiterentwicklung von GATS überhaupt noch einmal zu einem abschliessenden Ziel führen könnten bzw. wie deren Resultate aussehen könnten.

Dass sich der Fokus mittlerweile von GATS entfernt hat, zeigt auch die Tatsache, dass parallel zur Doha-Runde plurilaterale Verhandlungen über die Liberalisierungen von Dienstleistungen geführt werden, die nicht mehr unter der Leitung der WTO stehenden und die in ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement [TiSA]) münden sollen. Zu den möglichen Auswirkungen von TiSA auf die Stadt Bern und die Handlungsmöglichkeiten der Stadt Bern hat sich der Gemeinderat bereits im Prüfungsbericht vom 1. Juli 2015 zum Postulat Fraktion GBJA! (Katharina Gallizzi/Regula Bühlmann, GB/Seraina Patzen, JA!/Christa Ammann, AL/Rolf Zbinden, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA): TiSA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten geäussert. Dort hat der Gemeinderat auch dargelegt, dass er bereit ist zu prüfen, ob die Stadt Bern solange zur TiSA-freien Zone erklärt werden soll, bis garantiert ist, dass ein allfälliges TiSA-Abkommen den Service Public und seine Weiterentwicklung nicht tangiert, den Handlungsspielraum der Politik nicht zugunsten privater Unternehmen einschränkt, die demokratische Mitbestimmung nicht aushebelt und den sozialen Frieden nicht gefährdet. Bei dieser Ausgangslage ist der Prüfungsauftrag des vorliegenden Vorstosses gegenstandslos geworden.

Bern, 29. Juni 2016

Der Gemeinderat